

Zebra statt Ampel

oder ein Beispiel dafür, wie Politik in Wermelskirchen immer noch läuft bzw. besser nicht laufen sollte...

Im Jahre 2003 hat der Rat der Stadt mehrheitlich ein „Verkehrskonzept Innenstadt“ beschlossen. Die damalige WNK hat aus verschiedenen Gründen dagegen gestimmt, hauptsächlich weil sie mit der Verkehrsführung am Markt und Café Wild nicht einverstanden war.

Zudem stehen in dem Werk und seinen zugehörigen Anlagen und Fußnoten, die offenbar niemand im Rat so richtig gelesen bzw. verstanden hat, so irrwitzige Dinge drin, wie dass am Platz unterm Weihnachtsbaum nicht geparkt werden darf, dass die steile Taubengasse für die Bergfahrt und die flache Obere Remscheider Straße für die Talfahrt – insbesondere im Winter eine hochintelligente Regelung – dient und dass am Brückenweg/Eich gleich zwei Fußgängerampeln aufgestellt werden sollen.

Für die WNK UWG stehen seitdem alle Regelungen und Beschlüsse des „Verkehrskonzeptes“ auf dem Prüfstand und die, die sich als sinnlos und unpraktikabel herausstellen, wird sie, per Antrag versuchen, abzuschaffen.

In 2010 war somit die Zeit gekommen, die überflüssigen Ampelanlagen Brückenweg/Eich in den Focus zu rücken.

Eine von der örtlichen Presse durchgeführte Umfrage ergab bei der Leserschaft eine Zustimmung von 92% zum Antrag der WNK UWG auf Umwandlung der Anlagen in Zebrastreifen. Und diese 92% in Verbindung mit einer guten Idee sind es, die Teile der politischen Konkurrenz kirre werden lassen: habe ich schon selber keine oder nur wenige gute Ideen, muss ich wenigstens den Erfolg des politischen Konkurrenten versuchen, kaputt zu machen – egal ob es der Stadt schadet oder nützt ...

Mit diesem Problem kann und muss die WNK UWG ob ihrer Aktivitäten auch außerhalb des Regenbogens leben – kann dies aber auch gut, da es nun einmal zu den demokratischen Spielregeln gehört, sich Mehrheiten für Ideen zu organisieren oder auch sportlich zu akzeptieren, dass Vorschläge mehrheitlich abgelehnt werden.

Hierüber, was mit welchen Mehrheiten wann, wie und wo beschlossen oder abgelehnt wurde, wird die WNK UWG die Bürger rechtzeitig zur Kommunalwahl 2014 umfassend informieren.

Interessant ist jedoch, wie in Wermelskirchen gearbeitet wird, wenn es bestimmten politischen Kräften nicht nach der Mütze geht: da wird getrickelt, inszeniert, geklüngelt, gelogen, dass die Heide wackelt. Hier zur Diskussion



um die Ampel ein paar diesbezügliche Spielzüge quasi aus dem Lehrbuch: Kinder und Enkel von Stadtverordneten werden publikumswirksam an der Ampelanlage mit Hinweis auf ihren Schulweg positioniert. Ein Pressefotograf ist zufällig für diese Inszenierung in der Nähe. Geht man dann zum Thema Schulweg jedoch in die Tiefe, stellt man zwei Dinge fest: die Querungen von Eich und Brückenweg in diesem Bereich sind NICHT Bestandteil von Schulwegeplänen. Diese beginnen erst an der Ecke Eich/Jörgensgasse. Wenn Schulkinder nicht gerade fotowirksam an die Ampeln gestellt werden, gehen sie vor den Bürgerhäusern entlang und queren die Eich am Zebrastreifen neben dem Minikreisel. Dies sollten auch Schulpflegschaften sauber recherchieren, bevor sie sich „in den Kampf schicken lassen“. Müssten wir

unter dem Aspekt Schulweg nicht dringend zusätzliche Anlagen im Bereich Jahnstraße, Dabringhauser-Straße, Schillerstraße, Markt, Stockhauser-Straße, Königstraße etc. planen? Da sind auch Schulwege und die Verkehrsdichte ist wesentlich höher, wenn die zu Fuß zur Schule gehenden Schüler auf die Fahrzeuge der Eltern treffen, die ihre Kinder mit dem Auto bringen ... Ein Schulweg ist letztendlich überall, wo sich auch nur ein Kind zur Schule bewegt.

Fußgänger sind an Zebrastreifen ebenso geschützt, wenn nicht sogar geschützter als an Ampeln. Der Blick in den aktuellen Bußgeldkatalog zeigt das: ein Fußgänger am Zebrastreifen hat Wirkung wie eine rote Ampel, auch die gleiche negative Wirkung auf Verkehrssünder: das Überfahren einer roten Ampel „kostet“ 90€ und 3 Punkte. An einem Fußgängerüberweg, den ein Bevorzugter erkennbar benutzen wollte, nicht zu halten, „kostet“ 80€ und 4 Punkte.

Auch der Behindertenbeirat betrat wie bestellt die Bühne des Geschehens und forderte mit dem Hinweis auf sehbehinderte Menschen den Erhalt der Anlagen. Ihm kann beruhigend mitgeteilt werden, dass auch bei Umwandlung der Anlagen zu Zebrastreifen die in den Gehweg eingelassenen Bänder als Orientierung für blinde oder sehbehinderte Menschen bestehen bleiben und zu den Zebrastreifen führen werden.

Abschließend sei noch folgende Frage erlaubt: Wo denn noch alles sollen und müssen unter dem Gesichtspunkt „Sicherheit der Kinder und Menschen mit Behinderung“ Ampeln hin? Diese Menschen gehen überall durch die Stadt, zum Einkaufen, zum Sport, zu Freunden... Sie queren alle Straßen dieser Stadt und dort sind auch nicht überall Ampeln!

Warum also ausgerechnet an der Eich/Brückenweg eine Anlage, die in ihrer Ausbildung an Schwachsinn nicht zu überbieten ist?

Oder geht es einigen weniger um die Ampel als um den Erfolg oder Misserfolg des Antragstellers?



Resolution zum Stopp der Dichtheitsprüfung von Rat abgelehnt



Quelle: Foto wib-fotogalerie.de

Mit knapper Mehrheit von Bürgerforum, SPD, Grünen und Teilen der FDP gegen die Stimmen von WNK UWG, CDU und dem anderen Teil der FDP hat der Rat in seiner Sitzung am 18.07. die von der WNK UWG gestellte Resolution zur Aussetzung der Dichtheitsprüfung privater Hausanschlüsse abgelehnt.

Eindringlich hatte der Fraktionsvorsitzende der WNK UWG die Ratskollegen auf die verschiedensten Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten dieser ganzen Materie hingewiesen:

- In Deutschland werden erneut EU-Ideen umgesetzt, die man in weiten Teilen der EU noch nicht einmal umsetzen kann, weil es die zu prüfenden Anlagen (Abwasserkanäle) noch überhaupt nicht gibt.

- Obwohl Geld an allen Ecken und Enden fehlt, müssen Bürger und Stadt hier erneut Millionenbeträge locker

machen, obwohl mögliche geringe Beschädigungen der Leitungen bislang keinerlei Umweltbelastungen verursacht haben. Hier wird nicht über Standardsenkungen diskutiert...

- Bürger in Deutschland werden von Land zu Land unterschiedlich behandelt: in NRW wird der Bürger zur Kasse gebeten, in Niedersachsen nicht.

- Die Regelung, wer für die Sanierung der im öffentlichen Straßenraum liegenden Teile seines Hausanschlusses aufkommen muss, ist höchst umstritten.

- Im Ruhrgebiet ist nicht klar, ob für Schäden an den Leitungen der Bürger aufkommen muss oder ob es sich um bergbaubedingte und damit aus dem „Ewigkeitsfonds“ zu begleichende Schäden handelt.

- Am Niederrhein und im Münsterland wurden in bestimmten Gegenden mit hohem Grundwasserspiegel die Leitungen bewusst undicht gebaut, um das Grundwasser abzuführen, bevor es in die Keller eindringt.

Alle diese Argumente fanden bei SPD und Bürgerforum kein Gehör:

Ihre Sprecher Schulte und Burghoff führten als hilfloses Argument für ihre Haltung ins Feld, dass man jetzt einmal mit der Prüfung begonnen habe und man die Bürger, die die Prüfung bereits durchgeführt hätten, nicht durch Aussetzen der Prüfung „bestrafen“ dürfe.

Die Bürger der ländlichen Gebiete Wermelskirchens mögen sich 2014 daran erinnern, wer es war, der diesen Wahnsinn stoppen wollte, und wer es war, der ihn weiter fortführte!

Mitmachen lohnt sich und macht Spaß!

Interessieren Sie sich für die Geschehnisse unserer Stadt? Möchten Sie sie mitgestalten?

Haben Sie im Monat ca. 3 Stunden Zeit, sich für die Allgemeinheit einzusetzen? Haben Sie dazu auch Lust?

Arbeiten Sie gerne im Team mit netten Leuten zusammen, wo es keinen Stress gibt und über Kuriositäten in der Politik auch mal herzlich gelacht wird? Bekämpfen Sie Unrecht und Intrigen? Sind Sie ehrlich und engagiert?

Möchten Sie Mitbürgern, die Probleme haben, helfen?

Wenn Sie nur einige dieser Fragen für sich mit Ja beantwortet haben, sind sie bei uns richtig, bei uns der Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik – Unabhängige Wählergemeinschaft WNK UWG

Informieren Sie sich über uns und unsere Arbeit auf unserer stets aktuellen Internetseite www.wnkuwg.de

Dort finden Sie unter „Fraktion --- Termine“ unsere nächste öffentliche Zusammenkunft in der Katt.

Schauen Sie doch mal vorbei oder kontaktieren uns direkt:

Vereinsvorsitzender: Norbert Kellner, 84735, no.kellner@t-online.de

Fraktionsvorsitzender: Henning Rehse, 3933, wnkwermelskirchen@t-online.de

Seit neuestem haben sich die FREIEN WÄHLER im Land NRW auch so aufgestellt, dass sie an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen teilnehmen können. Damit können sich bei uns jetzt auch die Bürger engagieren, die sich mehr für die „große“ Politik als für Kommunales interessieren!

Dr. Hermann-Josef Tebroke

Dr. Hermann-Josef Tebroke ist seit 2004 Bürgermeister der Gemeinde Lindlar. Vorher war er Professor für Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre an der Universität Bayreuth. Herr Tebroke ist 47 Jahre alt, verheiratet und hat vier Kinder. Mit ihm sprach Henning Rehse von der WNK UWG.

Am 20. November kandidiert Dr. Tebroke für das Amt des Landrats im Rheinisch-Bergischen Kreis.

WNK UWG: Herr Dr. Tebroke, vor Ihrem Einstieg in die Kommunalpolitik war die Uni Ihre berufliche Heimat?

Tebroke: Ja, nach meinem Studium der Betriebswirtschaftslehre habe ich zunächst einige Jahre im Hochschulbereich gearbeitet, zuletzt als Professor für Betriebswirtschaftslehre in Bayreuth. Dabei habe ich mich schwerpunktmäßig mit Fragen des Finanzmanagements, mit der Unternehmensführung mittelständischer Unternehmen und mit Problemen des Strukturwandels im Finanz- und Bankwesen befasst. In diesen Themenfeldern ist die Verbindung von Theorie und Praxis von großer Bedeutung.

WNK UWG: Herr Dr. Tebroke, warum haben Sie im Jahr 2004 Ihre Hochschulkarriere aufgegeben und sind Bürgermeister von Lindlar geworden? Hatten Sie das Leben und Arbeiten an der Universität satt?

Tebroke: (lacht) Nein, ganz bestimmt nicht. Ich war sehr gerne Hochschullehrer. Es hat mir viel Freude bereitet, mit jungen Menschen zu arbeiten und ihnen das weite Themenfeld der Finanzen nahe zu bringen. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren unheimlich viel getan. Nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern zunehmend auch für den Bereich der öffentlichen Hand müssen wir feststellen, wie wichtig solide Finanzen sind und wie eine leichtfertige Verschuldung verhängnisvolle Auswirkungen zeigen kann.

WNK UWG: Aber was hat Sie dann bewegt, Ihre unbefristete C4-Professur aufzugeben?

Tebroke: Mein Interesse, nach vielen Jahren in Wissenschaft und Lehre praxisorientierter zu arbeiten und mich auch politisch zu engagieren. Politische Meinungsbildung und die Umsetzung von gesellschaftlich relevanten Beschlüssen haben mich schon immer fasziniert. Hinzu kam: Ich wohne seit etwa zehn Jahren mit meiner Familie in Lindlar. Um die Professur in Bayreuth wahrnehmen zu können, hatte ich dort eine Zweitwohnung und war in der Regel nur an den Wochenenden zu Hause.

Als ich 2004 gefragt wurde, als Bürgermeister zu kandidieren, ergab sich für mich völlig überraschend die Aussicht, beides miteinander zu verbinden.

WNK UWG: Haben Sie diesen ungewöhnlichen Schritt nicht bereut?

Tebroke: Im Gegenteil! Meine Erwartungen sind mehr als erfüllt worden. Darum habe ich auch 2009 wieder kandidiert. Sich als Bürgermeister in der Kommunalpolitik mit den Menschen und für die Menschen vor Ort einzusetzen, bereitet mir viel Freude!

WNK UWG: Und dabei sind Sie offensichtlich auch erfolgreich. Bei der Kommunalwahl 2009 sind Sie mit über 80% im Amt wiedergewählt worden – eine tolle Bestätigung Ihrer Leistung und ein außergewöhnliches Ergebnis, zu dem man nur gratulieren kann.

Tebroke: Vielen Dank!

WNK UWG: Und jetzt wollen Sie sich als Landrat einbringen?

Tebroke: Ja. Ich sehe darin eine Fortsetzung meines Engagements vor Ort und in der Region. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist eine TOP-Adresse. Er gehört zur Metropolregion Köln-Bonn-Leverkusen und profitiert von



Quelle: Foto Manfred Esser

der Dynamik dieses Wirtschaftsraums. Der Kreis ist „ganz nah dran“ und als Teil des wunderschönen Bergischen Landes zugleich etwas Besonderes. Hier lassen sich Wohnen und Arbeiten verbinden. Der Rheinisch-Bergische Kreis kann mit Stolz auf seine Geschichte und Tradition, auf seine Landschaft und Natur verweisen – und auf fröhliche, zupackende und zuverlässige Menschen. Die Menschen vor Ort haben allen Grund, sich selbstbewusst in die Entscheidungsprozesse einzubringen und die Entwicklung der Metropolregion mit zu gestalten. Der Kreis kann und soll hier in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Davon können die Menschen und die Unternehmen hier nur profitieren.

WNK UWG: Wenn sich die Wähler für Sie als neuen Landrat entscheiden, übernehmen Sie einen Kreis ohne Schulden.

Tebroke: Auch damit hebt sich der Rheinisch-Bergische Kreis positiv von anderen ab. Durch eine konsequent sparsame Haushaltsführung und mit dem Glück des Tüchtigen ist es den Verantwortlichen in Kreisverwaltung und im Kreistag gelungen, die Schulden zurückzuzahlen. Seit dem letzten Jahr ist der Kreis schuldenfrei! Geordnete Finanzen sind die Voraussetzung dafür, handlungsfähig zu bleiben. Darum sehe ich hier eine zentrale Aufgabe des Landrats, alles zu tun, dass das so bleibt! Zugleich nützt es der kommunalen Familie auf Dauer nur wenig, wenn der Kreis zwar entschuldet ist, aber die kreisangehörigen Kommunen von ihren immer stärker steigenden Kassenkrediten erdrückt werden und bei aller Anstrengung einfach keine Chance auf einen ausgeglichene Haushalt haben. Negative Jahresergebnisse verzehren das Eigenkapital und schränken die Handlungsfähigkeit enorm ein. Selbstverständlich sind die Räte und Verwaltungen in den Kommunen verpflichtet, durch umsichtige und sparsame Haushaltsführung alles in ihrer Macht stehende gegen ein weiteres Anwachsen der Schulden und den Verzehr des Eigenkapitals zu unternehmen. Das sind wir alle nicht zuletzt auch der nachfolgenden Generation schuldig. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen und drohen für

unsere Kinder zu einer unerträglichen Last zu werden.

WNK UWG: Können die Kommunen den Haushaltsausgleich aus eigener Kraft schaffen?

Tebroke: Die kommunale Familie ist – das zeigen die bedrückenden Zahlen des Landkreistages und auch des Städte- und Gemeindebundes – systematisch unterfinanziert. Die vom Bund und über das Land zugewiesenen Mittel reichen nicht aus, die immer größer werdenden Belastungen der Kommunen auszugleichen. Ich denke hier nicht nur an die steigenden Sozialausgaben, sondern auch an die ständig zunehmenden Aufgaben, die den Kommunen ohne entsprechende Gegenfinanzierung übertragen werden, und auch an die immer größeren Auflagen, die vor Ort zu erfüllen sind. Hier müssen wir noch viel konsequenter Standards hinterfragen und bürokratische Hemmnisse abbauen.

WNK UWG: Herr Dr. Tebroke, Sie sprechen immer wieder von der kommunalen Familie. Welche Rolle hat hier der Kreis?

Tebroke: Je schwieriger die Rahmenbedingungen werden, desto wichtiger ist der Zusammenhalt in der kommunalen Familie. Ich sehe, dass der Kreis und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden viele Dinge gemeinsam angehen. Das ist gut und wird immer

wichtiger. Ich denke hier vor allem an die Bereiche Bildung, Energie, Wirtschaftsförderung und Tourismus. Durch interkommunale Kooperation zwischen den kreisangehörigen Kommunen und zwischen Kreis und Kommunen können unnötige Kosten vermieden werden und Dinge für die Menschen möglich werden, die die Kommunen im Alleingang vielleicht nicht schaffen können. Hier kommt dem Kreis die Aufgabe des Moderators und des Dienstleisters zu. Der Kreis ist verpflichtet, nicht nur die Aufsicht auszuüben, sondern auch auf das Wohl der kreisangehörigen Kommunen und ihrer Einwohner zu achten. So sieht es im Übrigen die Kreisordnung vor.

WNK UWG: Die öffentliche Debatte dreht sich immer intensiver um das Themenfeld der Energieversorgung anhand erneuerbarer Energien. Wo sehen Sie da den Rheinisch-Bergischen Kreis?

Tebroke: Der Rheinisch-Bergische Kreis bereitet sich derzeit intensiv darauf vor, in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einzunehmen. Das ist auch gut so. Tatsächlich ist überall ein wachsendes Verantwortungsbewusstsein für einen möglichst schonenden Umgang mit der Energie erkennbar. Der Kreistag hat im Dezember des vergangenen Jahres in Abstimmung mit den Kommunen ein integriertes

Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben. Es soll nicht nur den aktuellen Stand der Energieverbräuche und CO₂-Emissionen feststellen, sondern auch Ansätze aufzeigen, wie und wo Energie effizienter genutzt werden kann und welche Möglichkeiten bestehen, Energie vor Ort zu gewinnen. Neben den derzeit schon häufig genutzten Photovoltaikanlagen werden zukünftig sicher auch Biomasse-, Wasser- und Windkraftanlagen an Bedeutung gewinnen. Für den Betrieb von Biomasseanlagen denke ich vor allem an das Material, das zum Beispiel über die Akteure im Holzcluster Bergisches Land erschlossen werden kann. Ein intelligenter und wirtschaftlich sinnvoller Mix aus den unterschiedlichen Energieträgern wird für den Kreis sicherlich zum Erfolgsrezept werden. Ab einem gewissen Zeitpunkt wird dann auch die Windkraft ihren Anteil zur Stromerzeugung leisten müssen. Hier kann ein erfolgreicher Ausbau nur gelingen, wenn auch entgegenstehende Interessen sorgfältig abgewogen werden. Windkraftanlagen prägen in besonderer Weise das Landschaftsbild. Um hier die Eingriffe möglichst gering zu halten und eine „Verspargelung“ der Landschaft zu verhindern, sind überörtliche Abstimmungsprozesse dringend geboten. Auch hier sehe ich den Kreis sowie dessen Städte und Gemeinden in der Pflicht, aufeinander zuzugehen und bestmögliche Lösungen zu suchen.

WNK UWG: Sollten der Kreis oder die Kommunen auch selbst in das Geschäft einsteigen?

Tebroke: In jedem Fall sollten wir die Möglichkeiten einer gemeinsamen regionalen Energieerzeugung und -vermarktung prüfen. Ein willkommener Anlass dazu wäre sicher auch die Tatsache, dass in den meisten Kommunen in den nächsten Jahren der Konzessionsvertrag ausläuft.

WNK UWG: Herr Dr. Tebroke, abschließend noch zu Ihrer Person: Was sind Ihre Hobbys?

Tebroke: Mein „Hobby“ ist meine Familie. Sie bedeutet mir viel! Außerdem bin ich gern mit Freunden zusammen. Soweit es die Zeit erlaubt, lese ich oder bin „sportlich unterwegs“. Das gelingt am ehesten im Urlaub.

WNK UWG: Und wo verbringen Sie am liebsten ihren Urlaub?

Tebroke: In den Bergen.

WNK UWG: Wie würden Sie Ihre aktuelle Stimmungslage beschreiben? Ist die aktuelle Situation für Sie nicht sehr stressig?

Tebroke: Tatsächlich sind die Wochen sehr abwechslungsreich und sicher auch anstrengend. Ich lerne viele Menschen kennen und bekomme interessante Rückmeldungen. Und je näher ich den Rheinisch-Bergischen Kreis dabei kennen lerne, desto sicherer bin ich mir: In diesem Kreis möchte ich Landrat werden!

Dr. Hermann-Josef Tebroke

- geboren am 19.01.1964
- römisch-katholisch
- verheiratet mit Sabine Tebroke
- 4 Kinder (Jonas, Katharina, Elias und Aaron)
- 1983–1988: Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster, Abschluss: Diplom-Kaufmann
- 1999 – 2001: Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der HWP Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik
- 2001 – 2004: Professur für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre an der Universität Bayreuth
- seit 2004: Hauptamtlicher Bürgermeister in Lindlar

Kontakt:

CDU-Center
Hauptstraße 164b
51469 Bergisch Gladbach

Telefon 02202 9 36 95-0
Telefax 02202 9 36 95-22

kontakt@tebroke-rbk.de

Impressum:

Herausgeber: WNK UWG - Bürgergemeinschaft, c/o Norbert Kellner, Joseph-Haydn-Str. 30b, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/84735

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933

Redaktion: Bettina Bernhard, Claudia Schadt, Rüdiger Bornhold, Uwe Hansen, Michael Höller, Dirk Wartmann

Satz und Layout: print & neue medien, K. Wilhelm, Remscheid, **Druck:** Wandke Druck & Medienservice, Remscheid, **Auflage:** 17.020